

Brauchen erneuerbare Energie und die Natur

Zur Entscheidung des VG Minden

Zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, den Flächennutzungsplan der Gemeinde Borchen zu kippen.

Bürgerversammlungen, Stellungnahme zum Teilflächennutzungsplan von Nachbarkommunen, der Hinweis auf »planerische Spielräume« und das Beste zum Schluss: Das Verwaltungsgericht kippt auf Klage eines Windenergieerzeugers mit Hinweis auf »Formfehler« einen mehr als zehn Jahre alten Flächennutzungsplan der Gemeinde Borchen – mit den Folgen, dass kurz nach der Veröffentlichung dieses Rechtsstreitergebnisses neue Windkraftanlagen für das Streitgebiet beantragt werden. Es reicht!

Schildbürgerpolitik und Förderung von Rechtsunsicherheit zugunsten der politisch gewünschten »erneuerbaren« Energiewende? Bei der nur die Investoren über EEG-Umlagen, Steuern (19 Prozent), Netznutzungsabrechnungen (drei Posten), Konzessionsabgaben, KWK-Umlagen, Umlage für abschaltbare Lasten, Offshore-Haftungsumlage, Umlage nach Paragraph 19 StromNEV verdienen? Und jetzt diese Kritik an der Bad Lippspringer Windenergie. Zu nah an Paderborner Ortsteilen, die schon von den Entscheidungsträgern in Paderborn als Windkraft-Konzentrationsfläche ausgewiesen worden sind.

Auch die Gemeinde Borchen und der Ortsteil Dörenhagen sind betroffen. Hier haben die Anwohner einen sehr guten Blick auf die Paderborner Windriesen! Die Dahler sollten sich mal nicht so aufregen: Sie sehen kein einziges Windrad, wenn sie im Ortskern

stehen! Doch genug mit diesen immer absurder werdenden gegenseitigen Schuldzuweisungen. Wir brauchen die erneuerbare Energie, da wir in Zukunft einen noch größeren Bedarf an Strom durch E-Autos haben werden. Wir brauchen aber auch Naturlandschaften, die diesen Begriff verdienen. Wir brauchen Bürger, die dafür Sorge tragen, dass weder das Eine noch das Andere zu kurz kommt. Wir brauchen keine Diskussionen zu egoistischen Zwecken: wie Gewinnoptimierung und die Anderen die Last tragen lassen. Ich werfe zwei Vorschläge in den Ring, die die Entscheidungsträger verwerten sollen. Erstens: Jeder Entscheidungsbefugter, oder alle, die mitreden wollen, sollten mal nachts die B64 von Bad Driburg und die 68 Richtung Lichtenau befahren. Rufen Sie nicht die Polizei an, weil sie denken, dass dort ein riesiges Ufo landet. Nein, das sind Windräder, alle höher als 100 Meter. Zweitens: Alle privaten Haushalte in Sichtweite der Windenergieanlagen bezahlen den halben Strompreis. Finanziert werden kann das von den EEG-Umlagen, sodass die Windenergieerzeuger keinen Verlust ihrer Gewinnspanne hinnehmen müssen! Dieser zweite Vorschlag liegt der Kreisverwaltung vor. Doch die ist wahrscheinlich nicht zuständig – und die Entscheidungsträger in den Rathäusern müssen sich ja mit Stellungnahmen zum Teilflächennutzungsplan und Bürgerversammlungen herumschlagen. Ach ja, ehe ich es vergesse: Ist nicht 2017 ein Wahljahr?

CORDULA GERINGSWALD
Dörenhagen